

Porträtiert

3 Rolf Kutzmutz – solidarisches
Potsdam ist Traum und Ziel

Stern, Kirchsteigfeld, Drewitz

6–8 Brennpunkt Drewitz, Baggersee,
porta hält Wort

Forum

11 LeserInnen zum Thema
Potsdamer Toleranzedikt

„Bester Standort“ in Deutschland

Richtfest bei porta an der Neuendorfer Straße/Anwohner haben den Markt bereits „eingemeindet“

Soviel Lob hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs selten bekommen für die Arbeit seiner Verwaltung. Kurt Jox, der Sprecher der Unternehmensführung von porta, hatte beim Richtfest für das porta-Einrichtungshaus am 21. Mai angesichts der Rekordzeit von etwa einem Jahr vom Beschluss bis zum Richtfest von „einmalig“ für „einen, wenn nicht besten, Standort in Deutschland“ gesprochen. Man habe das Projekt regelrecht „durchgewunken“.

Das Lob der Investoren an das Stadtoberhaupt könnte ohne Frage auch an die LINKE weitergereicht werden, denn das Familienunternehmen porta hatte sich (angesichts des Kräfteverhältnisses in der Stadt) mit seiner Investitionsabsicht von 50 Millionen Euro zunächst der



Unterstützung der LINKEN-Fraktion versichert und dann die Fürsprache auch darüber hinaus für die kurzfristige Belegung der Industriebrache Drewitz erhalten. 250 Arbeitsplätze schafft das Einrichtungshaus mit dem Neubau seiner 21. Filiale. 184 Arbeitsplätze seien bereits besetzt, 150 Mitarbeiter, die aus der Arbeitslosigkeit kommen, würden seit März für ihre neuen Aufgaben qualifiziert. Auch viele Anwohner waren zum Richtfest gekommen. Sie haben den Markt schnell als den ihren „eingemeindet“, denn die Baufirmen arbeiten – allen voran die Potsdamer Tiefbaufirma Schielicke – im Bewusstsein des nahen Wohngebietes. Regelmäßig werden die Bewohner über die Baufortschritte und möglichen Belästigungen informiert.

Auf ein Wort...



Kinderarmut unhaltbar

Nach Einschätzung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hat die Kinderarmut in Brandenburg dramatische Ausmaße erreicht. Mehr als 25 Prozent der Kinder im Alter bis zu 15 Jahren leben in „Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften“, sagt der Paritätische Wohlfahrtsverband. Und die Tendenz ist weiter steigend.

DIE LINKE im Landtag Brandenburg hat konsequente Schritte gegen die Armut von Kindern gefordert. „Hartz IV ist nicht nur Armut per Gesetz, sondern Armut von Kindern per Gesetz“, sagte Fraktionschefin Kerstin Kaiser.

Kinderarmut heißt auch in Potsdam, sich ein Mittag für 1,- € kaufen zu müssen oder gar nicht zu essen. Auf Spenden von sozialen Vereinen wie Potsdamer Tafel und Suppenküche angewiesen zu sein. Erst ab dem 3. Lebensjahr ein Recht auf einen bezahlten Kita-Platz zu haben. Mit 2,75 € je Kind täglich für Essen auszukommen (0,92/Mahlzeit). Oder sich keine Kultur- und Sportveranstaltungen leisten zu können.

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Soziale Schere darf nicht noch größer werden

Haushalt der Stadt Potsdam gescheitert/Antrag der LINKEN zum kostenlosen Schulessen abgelehnt

Schon 2007 war ein kostenloses Schulessen für Bedürftige in der Potsdamer SVV konsensfähig. Prinzipiell jedenfalls. Im Dezember vergangenen Jahres hatte der Oberbürgermeister noch 610.000 EURO für ermäßigtes oder kostenloses Schulessen in Aussicht gestellt. Im Etat waren nun jedoch nur noch 100.000 vorgesehen. Mit einer solchen Minimierung und der Erpressung auf einen reduzierten Beitrag zum Schulessen war auf der SVV-Sitzung am 21. Mai die LINKE-Fraktion nicht einverstanden. Schließlich stehen das kostenlose Schulessen, ein Schülersozialticket und fünf weitere Schulsozialarbeiter ganz oben auf der Agenda der LINKEN in der Landeshauptstadt. Der Antrag der LINKEN wurde im Plenum mehrheitlich abgelehnt. Demgegenüber wurde für 10 (!) zusätzliche Schulsozialarbeiter (Antrag Bürgerbündnis) votiert. Daraufhin ließ OB Jakobs den von ihm eingebrachten Haushalt platzen. Die LINKEN konnten wegen der Ablehnung des kostenlosen Schulessens nicht zustimmen. Wir veröffentlichen den Redebeitrag von LINKEN-Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen SCHARFENBERG an dieser Stelle (gekürzt).

Die Verwaltung wird zunehmend wie eine persönliche Einrichtung des OB und der SPD betrachtet und eingesetzt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die am Brauhausberg verschleuderten vier Millionen Euro jetzt mit unangemessener Haushaltsstrenge im Zusammenhang mit der Verweigerung des kostenlosen Schulessens wieder herausgewirtschaftet werden sollen. Mit diesem Geld könnte man acht Jahre lang kostenloses Schulessen für Bedürftige finanzieren.

Die LINKE hat frühzeitig klare Bedin-

gungen zum Haushalt formuliert. Unser zentrales Anliegen ist die Einführung des kostenlosen Schulessens für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler, das längst keine Vision mehr ist, sondern eine Aufgabe der Tagespolitik. Dafür sprechen die Diskussionen auf Bundes- und auf Landesebene, aber auch die konkreten Bemühungen, die es mittlerweile in zahlreichen Kommunen des Landes gibt. Ich verweise auf Cottbus, Jüterbog, Perleberg und andere Städte in Brandenburg. Überall wird dringender Handlungsbedarf gesehen, um die soziale Schere nicht

noch größer werden zu lassen und zumindest ein solch elementares Lebensbedürfnis wie ein warmes Essen am Tag zu sichern. Wir haben eine konkrete Verantwortung dafür, durch ein Stück soziale Gerechtigkeit für die etwa 20 % als arm geltenden Schüler dieser Stadt ohne Diskriminierung einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Diskriminierend ist es aber, wenn dieser Personenkreis von etwa 2200 Schülern in Bedürftige und besonders Bedürftige unterteilt werden soll und kostenloses Essen nur für besondere Härtefälle, so der Vorschlag des Oberbürgermeisters, möglich sein soll.

Ich kann und will Argumente wie: „Was nichts kostet, ist nichts wert.“ und ähnliches nicht gelten lassen. Also bleibt es bei den angeblich unkalkulierbaren Kosten. In einer Änderung unseres Antrages haben wir eine möglichst realistische Berechnungsgrundlage vorgeschlagen. Wir lehnen uns dabei an die Lehr- und Lernmittelfreiheit an, die gleichermaßen für den Kreis der 2200 Schüler gilt und die zur Zeit 1050 dieser Schüler in Anspruch

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Das alles sind unhaltbare Zustände!
DIE LINKE fordert nicht nur deshalb: Ein kostenloses Schulesen für alle sozial benachteiligten Schüler. Die gebührenfreie Kita für alle. Eine gebührenfreie und flächendeckende öffentliche Bildung für alle. Sonderfonds für Kinder- und Jugendarbeit
Hartz IV ist heute auch: Kinderarmut per Gesetz! Deshalb muss Hartz IV weg!

Jana Schulze

Recht und Gerechtigkeit

Müssen Politessen nicht die Wahrheit sagen?

Eigentlich eine Frage, die sich verbietet. So hat jüngst auch Richter Oliver K. mit dem Hinweis, eine Politesse müsse sowieso die Wahrheit sagen, eine Verteidigung der Potsdamer Stadtangestellten Karin T. verweigert. Was aber nun, wenn eine Politesse vor Gericht nicht die Wahrheit sagt – z.B. weil sie nicht eingestehen möchte, im Übereifer einen Strafzettel zu Unrecht ausgestellt zu haben? Dann besteht der Verdacht der Falschaussage, und es wird gegen die Politesse ermittelt. Und was geschieht, wenn sich nun herausstellt, dass die Politesse gelogen hat? Man mag es nicht glauben, dann wird das Verfahren nach dem Willen des Generalstaatsanwaltes gegen sie eingestellt, da die Schuld nur gering ist und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht (Az: 5501 Zs 2/08). Übrigens, wäre die Politesse vereidigt worden, wäre die Einstellung des Verfahrens nach § 153 Abs. 1 Strafprozessordnung nicht möglich gewesen. Ob das der Richter Oliver K. gewusst hat, als er von einer beantragten Verteidigung Abstand nahm? Bleibt der Vollständigkeit nur zu erwähnen, dass das Knöllchen, das die unehrliche Politesse

ausgestellt hatte, natürlich bezahlt werden musste – nach dem Willen des Generalstaatsanwaltes.

Die Serie wird fortgesetzt – Öffentlichkeit für Verfahren wie Trennungsgeld,

Bodenreform, Abwasseranschlüsse u.ä. kann sicher helfen, den Rechtsstaat zu stärken Bitte schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen mit Justiz, Behörden und Ordnungskräften – gute und schlechte.



Wir wollen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wieder abschaffen. Und wir wollen die Rentenformel wiederherstellen. Es muss wieder gelten, dass die gesetzliche Rente vor Altersarmut schützt und einen Absturz im Lebensstandard nicht zulässt. Wir wollen flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von 8 Euro und in schnellen Schritten 10 Euro,

denn von Arbeit muss man leben können. Wir wollen gute Arbeit. Prekäre Beschäftigung ... muss zurückgedrängt werden. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf 40 Stunden die Woche absenken. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz muss verbessert, die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten gestärkt werden. (Aus dem Leitartikel an den Cottbuser Parteitag)

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); Tel.: 0331/20 01 89 70; Fax: -71; email: pas-redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Renate Frenz, 0331/200 97 08
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg.

Soziale Schere darf nicht noch größer werden

(Fortsetzung von SEITE 1)

nehmen. Im Haushalt 2008 wäre das für das kostenlose Schulesen ein finanzieller Aufwand in Höhe von 145.000 Euro, also ein zusätzlicher Bedarf von 45.000 Euro. Das ist, so Bürgermeister Exner in anderem Zusammenhang, keine horrend Summe.

Niemand gefährdet den Haushalt, wenn er der Einführung des kostenlosen Schulesens zustimmt, denn zweifellos ist das im Gesamthaushalt leistbar. Das gilt gleichermaßen für das nächste Jahr, für das wir etwa 400.000 Euro bräuchten, also 250.000 Euro mehr als gegenwärtig geplant. Aber selbst wenn es mehr sein sollte, gäbe es die Möglichkeit, über die Einrichtung eines Solidarfonds privates Engagement zu stimulieren und den städtischen Haushalt damit zum Teil zu entlasten.

Es gab eine Vielzahl von Reaktionen auf die Diskussion um das Schulesen und viel Unverständnis dafür, warum dieser von uns vorgeschlagene Schritt jetzt nicht gegangen werden soll. Ich bin mir ganz sicher, dass eine große Mehrheit der Potsdamerinnen und Potsdamer diesem elementaren sozialen Anliegen und dem

entsprechenden Einsatz der städtischen Mittel, die übrigens unser aller Geld sind, zustimmt. Deshalb verspreche ich Ihnen, dass wir unser Anliegen, das offensichtlich kein Anliegen der SPD und keines der CDU ist, mit aller Konsequenz weiter verfolgen werden. Wir werden auch Mittel und Wege finden, die Bürger unmittelbar in diese Diskussion einzubeziehen. Die nächsten Wochen und Monate sind wie geschaffen dafür.

Um auch das klarzustellen: Die von der SPD vorgeschlagene Evaluierung des Verfahrens ist eigentlich nur ein Ablenkungsmanöver, denn wenn Sie kein eindeutiges soziales Ziel zu einer deutlichen Besserstellung von sozial schwachen Schülern verfolgen, sondern eine möglichst geringe Belastung des Haushaltes anstreben, ist das Ergebnis der Evaluierung absehbar.

Unsere weiteren Anträge greifen andere wichtige Probleme auf. Wir wollen fünf Schulsozialarbeiter mehr, die an Grundschulen mit nachgewiesenem Bedarf eingesetzt werden sollen. Wir anerkennen aber zugleich, dass mit diesem Haushalt ein echter Fortschritt erreicht wird. Ich erinnere Sie daran, dass wir im Haushalt 2007 durchgesetzt haben, dass

der ursprünglich geplante Abbau der Stellen in der Jugendarbeit gestoppt wurde.

Wir freuen uns darüber, dass unser Antrag zur Erhöhung der Mittel zur Sportförderung auf 200.000 Euro im Finanzausschuss eine Mehrheit gefunden hat, ebenso wie die Aufstockung der Mittel für Bürgerinitiativen auf 10.000 Euro.

Es hat sich gelohnt, frühzeitig und fraktionsübergreifend gegen die Kürzung der Mittel für das Bürgerhaus am Schlaatz zu protestieren. Unser Haushaltsantrag hat sich mit der Aufnahme in die Änderungsliste der Verwaltung erledigt.

Wir wollen erreichen, dass das Naturkundemuseum nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird, und sehen uns dabei auch durch die eindeutige Position des Kulturausschusses bestätigt.

Dieser Haushalt ist auch ein Signal dafür, in welche Richtung sich unsere Stadt mit ihrem hervorragenden Potential entwickeln soll. Wir setzen uns dafür ein, dass sich nicht nur die Reichen und Schönen, sondern alle Potsdamerinnen und Potsdamer in der Stadtpolitik wiederfinden und dass der Gedanke eines sozialen, solidarischen Ausgleichs einen hohen Stellenwert hat.

Stell dir vor, du bist in der Verantwortung

Vorgestellt: Rolf Kutzmutz, Stadtverordneter der LINKEN im Wahlkreis V

„Wenn man als Oberbürgermeister parteipolitische Spielchen veranstaltet, muss man sich nicht wundern, wenn's schief geht“, – Rolf Kutzmutz versucht gerade, jemandem am Telefon zu erklären, warum der Potsdamer Haushalt am Vorabend durchgefallen ist. Kutzmutz ist wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKEN Fraktion, der mit 17 Sitzen stärksten Partei in der Stadtverordnetenversammlung. Da kann man eben nicht mehr an der LINKEN vorbeiregieren. Und die kostenlose Schülerspeisung für bedürftige Kinder ist nun einmal ein wesentliches Thema der LINKEN, für das sie den überwältigenden Zuspruch der Potsdamer auch bei einer Unterschriftenaktion erhalten hat. Darum ist eben nicht zu akzeptieren, dass andere, viel teurere Maßnahmen plötzlich ohne Behandlung in den Ausschüssen aufgenommen werden und das Geld für die Schülerspeisung nicht mehr reicht.

„Man kann in der Stadt den Bundestag nicht nachspielen“

Kutzmutz ist in seinem Element, wenn er von der Verantwortung des Oberbürgermeisters spricht, er war ja schon mal sehr nahe dran. Nach der Mehrheit im ersten Wahlgang 1993 war er in der Stichwahl dem SPD-Kandidaten Gramlich nur knapp unterlegen. „Man kann in der Stadt den Bundestag nicht nachspielen“, sagt er und erwartet Überparteilichkeit vom Oberbürgermeister, der im Interesse der Stadt nach den Inhalten und nicht nach der Herkunft von Vorschlägen agieren müsse.

Bundestagserfahrung hat Rolf Kutzmutz von 1994 bis 2002 gesammelt. Zu einer Zeit, als die PDS-Genossen die Anfeindungen des bürgerlichen Parlaments zu spüren bekamen und persönliche Diffamierungen an der Tages-

ordnung waren. Es hat sich als richtig erwiesen, dass Rolf Kutzmutz den „Aufdeckern der Nation“ keine Chance gab. „Meine Biografie beginnt nicht erst 1989, danach habe ich immer gehandelt“, blickt er heute zurück. Seine Ehrlichkeit hat ihm nicht geschadet, eher Ansehen eingebracht.

In seinem Dienstzimmer im Landtag, wo er die Geschäftsstelle der Landtagsfraktion leitet, sind eine Tafel und eine Vitrine ganz dem Frauenfußball von Turbine Potsdam vorbehalten.

Da arbeitet er mit Günter Baaske, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag und Präsident von Turbine, zusammen. „Der Verein ist keine Spielwiese für neurotische Politiker“, sagt er, „das ist ganz unkompliziert, weil wir auf einem Gebiet zusammenarbeiten.“ Und außerdem komme es immer auf die konkreten Personen an.

„Die Menschen müssen sich selbst einmischen“

Rolf Kutzmutz sagt man nach, dass er zwischen unterschiedlichen Interessen vermitteln kann – das zeichne ihn aus. „Wenn ich mit einem über unsere unterschiedlichen Ansichten spreche, dann nehme ich immer etwas mit – du kommst niemals genauso raus, wie du reingegangen bist.“ Das hat mit dem Grundverständnis als Politiker zu tun: „Wir müssen die Menschen erreichen, sie müssen sich selbst einmischen, es genügt nicht, für sie Politik zu machen.“

Kutzmutz nimmt das Beispiel, die gerade abgelehnte kostenlose Schülerspeisung: Wenn sie tatsächlich zu teuer für den Stadthaushalt wird, warum soll es nicht einen Solidarfonds geben, in den solche Initiativen der Besserverdienenden einfließen, die es

auch heute schon gibt. „Ich bin überzeugt davon, dass wir als Potsdamer so ein Projekt verwirklichen könnten.“

Ja, das „solidarische Gemeinwesen“, das ist sein Traum: eine Heimat für alle Potsdamer, die mit angemessenem Wohnraum und Preis ausgestattet sind, und in der auch diejenigen gern leben wollen, die sich mehr leisten können.

Ein Traum, eine Vision einer anderen Gesellschaft? Rolf Kutzmutz bleibt erstmal bei Überschaubarem, die Möglichkeiten des Grundgesetzes seien lange noch nicht ausgeschöpft: „Globalisierung und Neoliberalismus sind nicht gottgegeben, wie es uns CDU, FDP und teilweise die SPD glauben machen wollen. Wir müssen politisch in diese Prozesse eingreifen. Anders, als es neoliberale Politik meint, nach der der Staat Fördermittel und Steuererleichterungen organisiert, aber nicht nach den Gewinnen fragen darf und noch dazu für die Folgen der Rücksichtslosigkeit aufkommt. Vieles ist heute nicht mehr realisierbar, weil die Gewinne privatisiert sind, während die Fehlentwicklungen automatisch von der Gesellschaft zu tragen sind. Wir sind fest auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik, wenn wir fordern, dass auch Großunternehmen ihrer Verantwortung in der Gesellschaft gerecht werden.“

In Rolf Kutzmutz' Dienstzimmer hängt ein großer Rahmen mit Fotos, die ihn bei verschiedensten Gelegenheiten in seiner politischen Arbeit zeigen: im Gespräch mit Bürgern, bei der Siegesfeier von Turbine, als Redner am Pult, als Weihnachtsmann im Einkaufszentrum, am Info-Stand der PDS. Seine Tochter hat ihm die Collage geschenkt. Die Familie blickt aus Bilderrahmen heraus auf seinen Arbeitsplatz. Ohne deren Zuspruch ginge nichts, bekennt der 60-Jährige.

„Ich werde für jeden erreichbar sein und immer zu meinem Wort stehen“

Und worauf kann man sich verlassen, wenn man Rolf Kutzmutz auf dem Stimmzettel ankreuzt? „Ich werde für jeden erreichbar sein und immer zu meinem Wort stehen, nichts versprechen, was ich nicht halten kann.“ Ein Grundsatz bewahrt ihn dabei vor populistisch verlockenden Vorschlägen: „Stell dir vor, dein Vorschlag wird nicht abgelehnt und du hast die Verantwortung dafür...“

Und dann schließt sich der Kreis mit der Sicht auf die Kommunalpolitik: „Für das Wohl seiner Stadt muss man auch parteipolitische Grenzen überschreiten können.“ *rd*



Nicht nur Rosen im Gedenken an Zwangsarbeiter in Potsdam

Zur Empfehlung:
„Verwehte Spuren –
Zwangsarbeit in Potsdam“
Dokumentation von
Almuth Püschel
Märkischer Verlag
Wilhelmshorst

Es hat sehr lange gedauert, bis ein Projekt verwirklicht wurde, oder besser gesagt, seinen Anfang nehmen konnte.

Nach einer verdienstvollen und umfangreichen Forschungsarbeit von Frau Dr. Almuth Püschel wurde deutlich, bis 1945 hat es bis über 70 Standorte von Lagern in Potsdam gegeben, in denen Zwangsarbeiter aus vielen europäischen Nationen in der Produktion schufteten mussten. Insbesondere in Babelsberg waren Firmen (wie beispielsweise Frießbeck & Höpfner und andere, die an der Kriegsproduktion maßgeblich beteiligt waren und daran kräftig verdient haben) an Arbeitskräften zum Nulltarif dringend interessiert. Im damaligen Spezialwerk für Flugzeugtechnik mussten 1942 über



Ehrendes Gedenken



Traditionell gedacht am 8. Mai 2008, 63 Jahre nach Kriegsende, rund 200 Potsdamer am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Bassinplatz des Tages der Befreiung. Siegfried von Rabenau, Vorsitzender der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V., betonte, dass insbesondere an diesem Tag gegen Krieg, Vertreibung und Vernichtung protestiert werden müsse. Zu den Anwesenden gehörten auch Politiker der LINKEN im Landtag sowie in der SVV. So die Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Anita Tack, die Stadtpräsidentin Birgit Müller sowie der Kreisparteichef Pete Heuer.

700 Zwangsarbeiter schufteten. Das geschah – wie an vielen Orten in Deutschland – indem Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen rücksichtslos und systematisch ausgebeutet wurden. Obwohl nur wenige Zeitdokumente erhalten sind, zeichnen sie doch ein fürchterliches Bild von Lebensumständen und Arbeitsbedingungen der Männer und Frauen, deren Leben und Gesundheit im faschistischen Deutschland nichts galt.

Ihre Schicksale in Erinnerung zu rufen und die vielen Orte zu kennzeichnen, an denen dieses Unrecht geschah, war den LINKEN seit langem ein Anliegen. Die Stadtfraktion stellte bereits vor einigen Jahren den Antrag, ein Konzept zu erarbeiten, das festhält, auf welche Weise die Stadt Potsdam ein Andenken an dieses entsetzliche Kapitel der Stadtgeschichte gestalten kann. Nach Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung geschah allerdings kaum etwas, da stets das Argument des mangelnden Geldes eine Rolle spielte. So gab es einen zweiten Versuch der LINKEN, mit dem Ergebnis, dass es in Babelsberg am Gelände des heutigen Kartoffel-Pubs an der Großbeerenstraße eine Möglichkeit gäbe, für

ein würdiges Gedenken zu sorgen. Dies wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Das war ein Erfolg, nur finanziell sollte dieses Projekt über Sponsoren realisiert werden. Auf dem Kreisparteitag der LINKEN hat dieses Anliegen großen Zuspruch bei allen Anwesenden gefunden, und es wurden ca. 400 Euro gesammelt. Das war der Start, endlich beginnen zu können. Gemeinsam mit dem Potsdam-Museum und der Firma Schuhmacher aus Beelitz konnte die Gedenkstele konkrete Gestalt annehmen. Am 8. Mai, zum Tag der Befreiung, haben wir dieses Zeichen der Erinnerung gemeinsam mit Vertretern von SPD, CDU und der Fraktion Die Andere enthüllen können und hoffen, dass ihm weitere folgen werden. Vielleicht entsteht daraus auch ein Schulprojekt. Am Kaiserbahnhof gab es ebenfalls ein Barackenlager der Deutschen Reichsbahn. Es wäre schon interessant, dem nachzuspüren, was dort passierte und warum diese Baracken vor einigen Jahren abgerissen wurden.

*Dr. Karin Schröter
Kulturpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE der
SVV Potsdam*

Wissen, was passiert ist

Beobachtungen am „Zug der Erinnerung“ / Von Helga Bornstädt

Ich stand über eine Stunde am Gleis vom Potsdamer Hauptbahnhof, als der „Zug der Erinnerung“ dort Halt machte. Ich wollte wissen, wie es damals war mit der Verantwortung der Deutschen Reichsbahn bei den Transporten von Kindern, mit dem Ziel „Tod“. Berichte in der Presse hatten mich auf diesen Besuch vorbereitet und neugierig gemacht. Ich nutzte die Wartezeit am Gleis, um die anderen Wartenden und ihr Verhalten zu beobachten. Dabei wurde ich Zeugin von vielen Gesprächen. Vor mir standen junge Leute, Fußballfans, die zahlreich zum Spiel Babelsberg 03 gegen Dynamo Dresden unterwegs waren. Ihre Gespräche führten sie leise, sie gingen behutsamer miteinander um als sonst. Ein junges Pärchen war mit drei Monate altem Nachwuchs da. Es schlief fest in dem Tragetuch der Mutter. Hinter mir wurde englisch und deutsch gespro-

chen. Besuch aus London bei Potsdamer Freunden, wie ich erfuhr. Eine 30-jährige Frau erzählte mir: „Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg unserem Land großes Leid zugefügt. Unsere Großeltern bekommen das nicht aus dem Kopf. Nun können wir ihnen erzählen, dass sich Deutschland der Vergangenheit stellt.“ Plötzlich erklangen Klarinettenklänge. Klezmermusik. Harry Timmermann ließ sein Instrument singen, weinen, jubeln und schluchzen. Ich suchte das Gespräch mit ihm und erfuhr, dass die Klezmermusiker aus dem Berliner Raum, den „Zug der Erinnerung“ täglich begleiten wollten. Ein bewegender Entschluss, der mich und viele Wartende ergriff. Langsam und immer wieder stockend schob sich die Besuchergruppe in der Ausstellung von Thema zu Thema, von Fotos zu Dokumenten. Es wurde intensiv gelesen, betrachtet und darüber gespro-

sprochen. Es war kein Unterschied zu erkennen zwischen den Gesichtern auf den Fotos und denen, die sie anschauten – denn, woran erkennt man, wer Jude, Sinti, Roma oder Behinderter ist? Bei der zuletzt genannten Menschengruppe vielleicht schon – und ich hörte die Stimme einer Mutter: „Das hätte auch Dir passieren können.“ Den hinteren Teil der Ausstellung passierten die Leute schneller. Hier schaute man denen ins Gesicht, die die Todeszüge zum Rollen brachten. Wieder auf dem Bahnsteig sprach ich das junge Paar mit dem Neugeborenen an und fragte, wie sie das Gesehene verkraftet hatten. „Einigermaßen“, sagten sie verlegen, „wir mussten hierher, um zu wissen, was passiert ist.“ Auf der Rolltreppe hörte ich: „Herrn Mehdorn hätte es gut zu Gesicht gestanden, dem Zug auf dem Berliner Hauptbahnhof ein Gleis zu geben.“

„Bausünden“ – damals und heute

Von der Bezirks- zur Landeshauptstadt – erstaunliche Erkenntnisse im Alten Rathaus

Es ging schon vor der Tür los. Die ausliegenden Anwesenheitslisten reichten nicht aus. Wie hatte die MAZ vom Tage getitelt? „Brunhilde Hanke kommt.“ Das war zwar nicht die ganze Wahrheit, wohl aber die Ursache des großen Ansturms auf die Plätze im Saal. In ihrer Reihe „Potsdamer Profile“ hatten Anita Tack und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg die ehemalige Oberbürgermeisterin (1961–1984) und den seit 2002 amtierenden Jann Jakobs eingeladen.

Die gelernte Näherin und Mutter von drei Kindern sowie der Erzieher und Sozialarbeiter und Vater von vier Kindern stellten so manche Ähnlichkeit der Wege zur Politik fest. Unter anderem, dass beide Ehepartner keine „öffentlichen Personen“ werden wollten.

Für viele der Anwesenden war die Charakterisierung der Situation in Potsdam vor und während der Amtszeit von Brunhilde Hanke dann auch nicht verwunderlich: Wohnungsnot, Versorgungsprobleme, Bevölkerungsaustausch durch Zuzug aus der ganzen DDR und Weggang Tausender in Richtung Westen, insbesondere gleich nach dem 2. Weltkrieg, und dann kurz vor dem Mauerbau. Schloss und Garnisonkirche, bzw. was davon übrig war, interessierte sehr viel weniger als der Wohnungsbau. Konzepte der Jahre 1948–1950 für die Innenstadt beinhalten noch den Wiederaufbau von Schloss und Kirche. Aber die Mittel fehlten, und die Traditionen des preußischen Militarismus beeinflussten die Sicht auf Potsdam aus dem Regierungs-Berlin. Noch 1963 war für Brunhilde Hanke klar: Wir überlassen die Garnisonkirche späteren Generationen. Aber schon die Sicherung der Ruine des Turmes kostete jährlich 25 000 Mark. Wie wir alle wissen, kam es dann anders.

Jann Jakobs meinte dann auch, dass wir heute im Vergleich zu damals eine „Luxusdiskussion“ führen. Trotzdem fand er Vergleichbares: Plattenbau gab es auch im Westen. Seine wundersame Wandlung zum glühenden Befürworter des möglichst originalen Schlosses er-



klärte er nur mit „er sei eines Besseren belehrt“ worden. Man möchte Brunhilde Hanke zustimmen, die sich gegen den Historizismus in der Innenstadt ausspricht. Ein Landtag ins Schloss? „Bebel würde sich im Grabe rundrehen.“

Das Thema Arme und Reiche und ihre „geografische Verortung“ in der Stadt, die Gefahr der Trennung der Stadt sah auch Herr Jakobs. Sein Gegenmittel: die Identifizierung des allergrößten Teils der Bevölkerung mit und der Stolz auf den Wiederaufbau von Schloss, Garnisonkirche und Umgebung. Ob dieses Konzept aufgehen kann, wenn die Bürgerschaft andere Sorgen hat, fragte Anita Tack. Der immer mal wieder bemühte Vergleich mit Dresden hinkt gewaltig. Brunhilde Hanke meint, man hätte lieber ein schönes Gebäude als Zeugnis unserer Zeit und als Zentrum des geistig-kulturellen Lebens hinstellen sollen. Und was meint Jann Jakobs? Er versteckt sich hinter dem

Beschluss der Stadtverordneten, der Anfang der neunziger Jahre die „behutsame Annäherung“ an die historische Mitte vorgab. Wenn er daraus ableitet, dass an Knobelsdorff keiner der neuen Entwürfe heranreicht, wird der Gegensatz zwischen beiden Gästen sehr deutlich. Später dann überrascht Brunhilde Hanke doch noch mit ihrem Bekenntnis zum Stadtkanal. Auch für dessen Erhaltung gab es damals keine Mittel. Heute hat sie mit ihrer Tochter gemeinsam eine Säule gespendet und findet, dass Wasser eine Stadt schöner macht. Den versöhnlichen Ausklang ergänzt Jann Jakobs mit dem Lob der Sanierung von Altem Rathaus und Nikolaikirche in der DDR. „Aber Bausünden gab es auch...“.

Die Diskussion sollte unbedingt fortgesetzt werden, vielleicht im an diesem Abend schmerzlich vermissten „Bacchuskeller“.

Dr. Klaus-Uwe Gunold

Seniorentreff

Am Dienstag, dem 10. Juni 2008, um 14.30 Uhr, veranstalten wir einen SENIORENTREFF in unserem Parteihaus in der Alleestraße 3. Zu Gast:

Günter Herlt, Berlin.

Er liest aus seinen im Eulenspiegelverlag erschienenen Publikationen diesmal zum Thema: **Je oller, je toller „Lachen ist gesund“**

Anekdoten und Nachdenkliches aus dem ostdeutschen Alltag!

Selbstverständlich ist zur Seniorenwoche noch mehr los. Auf jeden Fall ist unsere AG auch wieder mit einem Stand auf der Informationsveranstaltung des Seniorenbeirates der Stadt im Stern-Center am Freitag, 06. Juni, vertreten.

Eröffnung ist um 10.00 Uhr durch den Oberbürgermeister.

Wir planen an unserem Info-Stand unser Rentensfortprogramm vorzustellen.

Horst Klett

„Gute Arbeit muss drin sein“



So wie die obige Zeile lautete die diesjährige Mailosung des DGB. „Nur gute Arbeit ist sozial... Arbeit, die soziale Sicherheit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“, so die Gewerkschaften weiter zum 1. Mai 2008. Diesen Thesen konnte auch die LINKE zustimmen. Und so traf man sich wieder auf dem Potsdamer Luisenplatz. Mit dabei waren auch die Mitglieder der Landtagsfraktion DIE LINKE Anita Tack und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg sowie Lothar Bisky, Vorsitzender DIE LINKE, und Dr. Helmut Markov, Mitglied des Europäischen Parlaments (Fotos).



Brennpunkt Drewitz

In den vergangenen Wochen und Monaten ist das Neubaugebiet Drewitz oftmals in den Medien als sozialer Brennpunkt beschrieben worden. Begonnen hat alles mit einem Hilferuf der Schulleiterin der Priesterweg-Grundschule im gleichnamigen Stadtteil vor dem Ausschuss für Bildung und Sport bei der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Seit vielen Jahren kämpft die Schulleiterin mit ihren Kolleginnen und Kollegen um eine Sozialarbeiterstelle an der Schule. Dieser Wunsch wurde mit dem Schuljahr 2008/09 endlich umgesetzt.

Auf Anregung der ehemaligen Bürgerinitiative Drewitz hat der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, der auch Vorsitzender der Stadtfraktion DIE LINKE ist, den Kontakt zwischen Schule und dem Investor „porta“ hergestellt. So konnte ein lange gehegter Wunsch der Schülerinnen und Schüler, der Umbau eines Kellerraumes der Schule zum Schülerclub, Wirklichkeit werden. Die Investoren des Möbelhauses „porta“ auf der Drewitzer Brache ließen in kurzer Zeit aus einem muffigen Kellerraum ein schnuckliges Kleinod entstehen.

Seit Oktober 2007 wird an der Schule ein kostenloses Mittagessen durch das Eltern-Kind-Zentrum der Arbeiterwohlfahrt Potsdam für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler angeboten. Noch ist dieses Angebot auf Sponsoreneleistungen, u. a. der Potsdamer Tafel, angewiesen. Trotz Widerstandes aller politischen Parteien, seit neuestem auch der

Familienpartei, kämpft die Fraktion DIE LINKE in Potsdam (auch für die Schüler der Grundschule am Priesterweg) darum, dass jedes Kind aus sozial benachteiligten Familien ein Recht auf ein kostenloses Mittagessen an der Schule oder im Hort hat. Wir werden in unserem Kampf darum nicht nachlassen. Auch wenn die anderen Parteien in Potsdam, mit dem Oberbürgermeister an der Spitze, die Ein-Euro-Variante bevorzugen. Mit Ein-Euro-Maßnahmen haben wir so unsere Erfah-

rungen, leider nicht nur gute, machen dürfen. Wir fordern, dass jedes Kind unbürokratisch ein warmes Mittagessen kostenlos erhält, wenn es von Hartz-IV-Leistungen leben muss. Mit mehr sozialem Denken und Handeln aller Verantwortlichen könnte so ein sozialer Brennpunkt Entschärfung erfahren.

*Jana Schulze
Sozialpolitische Sprecherin
der SVV-Fraktion DIE LINKE*



Schwache Leistung – kein „Schwachlastticket“

Am 29.09.07 berichtete u. a. die MAZ, dass die LINKE offene Türen eingelaufen sei mit ihrem Antrag, den „Öffentlichen Personenverkehr für noch mehr Personen attraktiv“ zu machen.

Ich durfte unseren Antrag in den Finanzausschuss und in die Stadtverordnetenversammlung einbringen, d.h. ihn begründen. Rund 450.000 Einzelfahrscheine wurden 2007 weniger verkauft als 2006. Waren es 2006 = 2.422.804 verkaufte Einzelfahrscheine, so waren es zum Jahresende 2007 lediglich 1.954.648! Sind die, die vorher ihren Obolus für den Fahrschein brav entrichtet hatten, nun Schwarzfahrer geworden? Die wenigsten. Viele Potsdamer haben uns an Infoständen und zu anderen Gelegenheiten erklärt, sich einen Einzelfahrschein für 1,70 € nicht mehr leisten zu können, für Hin- und Rückfahrt gar 3,40 €! Damit seien sie schon lange Zeit nicht mehr in die Stadtmitte gefahren. Da die öffentlichen Verkehrsmittel ohnehin fahren, hatte ich mit dem Geschäftsführer des ViP abgesprochen, für einen finanziell schwach besetzten Personenkreis und zu Zeiten außerhalb des Berufsverkehrs ein um ca. 30 % ermäßigtes Ticket einzuführen. Der ViP-Geschäftsführer, und ich darf die MAZ noch einmal zitieren, hat „...die Anregung unumwunden“ begrüßt.

Er bestätigte darüber hinaus, dass im Tarifgebiet AB die Stadt in ihren Entscheidungen autark sei, d.h. keine Zustimmung des VBB benötige. Die anderen Erbringer im ÖPNV seien lediglich von diesem Vorhaben zu unterrichten.

Nachdem die Presse von diesem Vorhaben ihre Leser unterrichtete und mein Name in diesem Zusammenhang fiel, bin ich von vielen Bürgern angesprochen worden, die darüber hocherfreut waren und mir bestätigten, für 2,40 € hin und zurück z.B. vom Stern öfter wieder einmal mit Bahn oder Bus zu fahren.

Nun kam der 01.04.08, und ich fragte beim ViP, was aus der Einführung werde, sie war nämlich auf Anregung des Finanzbeigeordneten der Stadt auf diesen Termin gelegt worden. Die Antwort: Es sei von Stadt wegen untersagt worden – wohlgerne: Eine Entscheidung der Stadtverordneten war klammheimlich hintergangen worden.

Daraufhin habe ich mich mit einer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.08 an den Oberbürgermeister gewandt, warum zum 01.04.08 einer Entscheidung der Stadtverordneten nicht gefolgt wurde. Sein Stellvertreter schob die Verantwortung auf den VBB, ohne den man die Einführung nicht realisieren dürfe. Obwohl dies vorher von

Leuten, deren Kompetenz ich bislang nicht angezweifelt hatte, ausdrücklich verneint wurde!

Kein Wort der Entschuldigung, weshalb die Stadtverordneten so hintergangen wurden – auch kein Wort aus den anderen Fraktionen, sich mit einer derartigen „Zusammenarbeit“ nicht zufriedenzugeben. Womit sich wieder einmal bestätigt, dass sich nur die LINKE der Probleme der sog. kleinen Leute annimmt.

Doch damit nicht genug: 450.000 weniger Fahrgäste sind auch Erlösausfälle über 500.000 €! Sage mir keiner, dass diejenigen, die sich den Einzelfahrschein nicht leisten, von dem Geld, über das sie nicht ausreichend verfügen, nun auf Monatskarte umgestiegen sind.

Die Stadt Potsdam, die nach Meinung der Stadtoberen auch sehr klamm sei, stützt finanziell den ÖPNV – vielleicht hätte die Stütze geringer ausfallen können... Vielleicht, und ich möchte den Faden weiterspinnen, wäre dann das Geld für ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler da gewesen.

Aber nein, dies passt nicht in das System von Fördertöpfen und Zuschüssen. Dann lieber dem kleinen Mann die Bahnfahrt vorenthalten.

*D. Scharlock
Stadtverordneter DIE LINKE*

Künftig Abendbrot zu Hause bezahlen?

Die unglaubliche Story vom Schulessen in der „kinderfreundlichsten Stadt“

Was nichts kostet, wird nicht geschätzt! So argumentieren die Gegner eines kostenlosen SchulesSENS für Hilfeempfänger in der „kinderfreundlichsten Stadt“.

Ob das wohl die rund 400 Alleinerziehenden und andere Eltern in den Potsdamer Plattenbaugebieten, die Sozialhilfe bekommen, auch so sehen? Sie zahlen laut der von den Stadtverordneten beschlossenen „Billigvariante mit sozialem Touch“ einen Euro für das tägliche Mittagessen ihrer Schulkinder oder können beim Schulleiter die Befreiung von den Kosten beantragen.

In den sogenannten Sozialräumen 5 und 6, also den Stadtteilen Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld sowie Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd, konzentrieren sich die Potsdamer mit geringeren Einkommen; etwa jeder Zehnte ist hier arbeitslos. Die Mieten sind hier noch bezahlbar, wenn sie nicht ohnehin von der öffentlichen Hand übernommen werden. Da wirkt das Gedankenspiel mit der angeblichen Geringschätzung kostenfreien Essens doch etwas lebensfremd. Aber es passt auch wieder: Gibt es doch für manchen kaum einen bedeutenderen Maßstab als den Euro.

Und dieser wird wohl mit der wirklichen Ursache für die Ablehnung des kostenfreien SchulesSENS durch eine Mehrheit aus SPD, CDU, Grünen und – man höre und staune – Familienpartei (!) weit mehr zu tun haben. Denn die fehlenden Mittel schieben die 25 Abgeordneten vor, die in der namentlichen Abstimmung gegen den Vorschlag der Linksfraktion votierten. In



der Märkischen Allgemeinen bezeichnet Lars Sittig dies als „Armutszugnis“ für eine Stadt, die „Millionen fürs Spaßbad verpulverte, Abermillionen in Bauprojekte pumpt, die beim Ausbau der Infrastruktur klotzt und bei den Kindern – kleckert“. Auch der Initiator der Toleranzdebatte Heinz Kleger bedauert die Debatte und unterstreicht, dass Kinderarmut in einer so reichen Stadt wie Potsdam abgestellt

werden könne und müsse. (PNN vom 14.4.08)

Und dabei hatte der Oberbürgermeister Jann Jakobs in einer Presseerklärung vom 6. Dezember noch die Ankündigung bejubelt, dass ab 2008 kostenloses SchulesSEN nicht mehr auf die Hilfsätze angerechnet werden sollte: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesgesetzgebung künftig einer kostenlosen Schules-

SENSausgabe an Kinder aus bedürftigen Familien nicht mehr im Wege steht. Damit können wir auch in Potsdam dafür sorgen, dass allen Kindern, deren Familien sich das Essengeld nicht leisten können, eine warme Mahlzeit in der Schule angeboten wird. Das kostet natürlich zusätzliches Geld, das im Haushalt eingestellt werden muss. Ich bin aber der Meinung, dass dieses Geld, mit dem wir die wirklich bedürftigen Familien in der Stadt unterstützen, gut und richtig angelegt ist...“

Vielleicht sieht er das aber inzwischen einfach anders. Denn auch der Bildungsminister des Landes, Holger Rupperecht (SPD), meint laut Berliner Morgenpost vom 14. Mai 2008, dass kaum Kinder dem SchulesSEN fern blieben, „nur weil die Eltern sich dieses nicht leisten könnten.“ Und der muss es ja wissen – oder sollte es zumindest, wenn er sich demnächst Elterngesprächen in seinem neuen Wahlkreis in Brandenburgs Norden stellen will. Ganz am Rande erwähnte er übrigens, dass auch dem Land das Geld fehle...

Was manchem Politiker offensichtlich fehlt, nennt man in Beurteilungen auch „soziale Kompetenz“. DIE LINKE jedenfalls behält die Bodenhaftung und beantragt für den Haushalt 2008 kostenloses SchulesSEN für bedürftige, sozial schwache Schülerinnen und Schüler sowie die Einrichtung eines Härtefallfonds für staatliche Schulen. Das hat nichts mit Blockade zu tun, sondern vielmehr mit Kindern, die darauf angewiesen sind. -ed-

Auch in Potsdam besondere Armut bei Kindern

Da kommt Betroffenheit auf: Unter Armut leiden in einem reichen Land wie Deutschland besonders die Kinder. Aber das ist nicht nur irgendwo so, sondern auch im vergleichsweise wohlhabenden Potsdam, das sich so manche Luxusdebatte leistet.

2004 versuchte sich die Stadt an einem Sozialbericht unter dem Titel „Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Potsdam“. Er untersetzt mit einigen Fakten die Situation in den Stadtgebieten, die entsprechend ihrem typischen Charakter als „Sozialräume“ beschrieben werden. Als Sozialräume mit einer problematischen Sozialstruktur weist der Bericht den Sozialraum 5 (Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) und den Sozialraum 6 (Schlaatz, Waldstadt, Potsdam-Süd) aus – kurz: die Plattenbaugebiete.

Im Bericht heißt es dazu: „Einkommensarmut herrscht vor allem in den Sozialräumen 5 und 6... Hier sollten bei der

Vergabe von öffentlichen Mitteln Prioritäten gesetzt werden. Besonders betroffen von der benachteiligten sozialen Lage des Wohngebietes sind Kinder und Jugendliche.“

Konkret wurden für die beiden Gebiete für das Jahr 2004 folgende Merkmale festgestellt (Tabelle):

Zu Recht schlussfolgert der Bericht also: „Zur Milderung und Vermeidung von negativen Folgen der Einkommensarmut von Kindern und Jugendlichen ist ein gutes Netz an sozialen ... Maßnahmen unerlässlich.“

Genau das wäre ein kostenloses SchulesSEN für alle Bedürftigen – was käme Kindern direkter zugute? -ed-

	Arbeitslosenanteil	Sozialhilfequote gesamt	Sozialhilfequote bei unter 18-Jährigen
Sozialraum 5: Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld	10,6 %	4,5 %	10,5
Sozialraum 6: Schlaatz, Waldstadt, Potsdam-Süd	12,2 %	5,9 %	18
Durchschnitt in Potsdam	9,3 %	3,8	9,2

Erlebnis Schule

Im Rahmen des Orientierungspraktikums für Lehramter der Universität Potsdam besuchte ich für zwei Wochen die Pierre de Coubertain-Gesamtschule. Eine solche Schulform kannte ich bisher nicht.

Beeindruckend war für mich die Geduld der Lehrer auch in komplizierten Situationen. Sie gingen sowohl mit Freundlichkeit als auch mit Konsequenz vor.

Darüber hinaus war für mich das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern überraschend. Sie legten eine Offenheit an den Tag, die ich bis dahin an einer Schule nicht erlebt habe. Selbst schwierige Schüler wurden eher als Herausforderung statt als Last angesehen.

Es war schön zu sehen, dass nicht nur ein reichhaltiges außerschulisches Angebot an Aktivitäten besteht, sondern auch eine liebevoll gestaltete Schullandschaft für ein gutes Lernklima sorgt.

Neben den zahlreichen zwischenmenschlichen Erfahrungen gewann ich Einblicke in neue Unterrichtsfächer und Methoden. Darstellendes Gestalten und Gesundheitssport sind nur zwei Beispiele.

Dieses Praktikum hat mir sehr gefallen und mir eine neue Sichtweise des Schulalltags aufgezeigt.

Mandy Zeffler

porta hält Wort – Eröffnung am 20. August

„Gemeinsam sind wir fest davon überzeugt, dass das neue porta-Einrichtungszentrum ein herausragendes Zukunftszentrum für die Landeshauptstadt Potsdam ist und wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt und für den Wirtschaftsstandort Potsdam insgesamt gibt“, so betonte es der porta-Sprecher Kurt Jox bereits anlässlich des „Ersten Spatenstichs“ am 29. November vergangenen Jahres. Eine Zukunftsmusik, die wohl auch die Potsdamer Stadtoberen beflügelt hatte. Denn Jox konnte auf dem Richtfest sein Lob für die „konstruktive Zusammenarbeit mit der Politik und Verwaltung der Stadt“ wiederholen. Vergessen ist damit wohl auch das jahrelange Gezerre um die Industriebrache. Nicht vergessen sollte man das Engagement und die Hartnäckigkeit der Linksfraktion im Stadtparlament, die sich für die porta-Ansiedlung kräftig ins Zeug gelegt hatte. Fazit ist jedenfalls, dass die Stadt gut daran tat, mit porta ins Geschäft zu kommen. Denn porta hält Wort. Zweihundertfünfzig Ar-



beitsplätze sollten neu entstehen, so das porta-Management im November 2007. Zum Richtfest konnte porta vermelden, dass bereits 184 Jobs vergeben sind – davon die Masse an Arbeitslose (!). Die neuen MitarbeiterInnen werden umfassend geschult, damit porta sein Haus am 20.

August 2008 eröffnen kann. Und das Unternehmen ist mit Recht stolz auf seine neue Filiale. Das porta-Einrichtungshaus wird in Rekordzeit erbaut und sei der beste Standort in Deutschland, so der Unternehmenssprecher Kurt Jox.

bm

Genaueres weiß man nicht

Bauarbeiten im Kirchsteigfeld – Gewerbefläche an der Ricarda-Huch-Straße

Unsere Familie lebt seit 1996 im Kirchsteigfeld. Damals fuhr noch keine Straßenbahn, die erste Kita in der Bellavitestraße öffnete im Oktober ihre Pforten, die Grundschule wurde zum Schuljahr 1995/96 eröffnet, der Kirchenbau mit Stadtteilladen und Stadtteilbibliothek, dem heutigen Hort, befanden sich noch in der Planungsphase. Im Bebauungsplan der Stadt war das Gebiet an der Ricarda-Huch-Straße, parallel zur Autobahn laufend, bereits damals als Gewerbefläche ausgewiesen. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde Anfang 2000 das Baustellenschild aufgestellt. Auf ihm wurde den Anwohnern mitgeteilt, dass demnächst die Internationale Schule auf diesem Areal mit ihrem neuen Standort aufmachen wird. Das Schild steht noch

heute da, und wenn man sich große Mühe gibt, kann man das Bauvorhaben von damals durch die weiße Übermalung noch durchschimmern sehen.

Wiederum vergingen viele Jahre und wir hatten uns bereits an die leere, mit Flora und Fauna besiedelte Fläche gewöhnt. Wenn auch nicht offiziell, so nutzten doch zahlreiche Hundebesitzer die Fläche, um ihrem Tier den erforderlichen Auslauf zu gewähren. Und keiner der Anwohner sah darin ein Ärgernis. Den Kindern im Stadtteil war der zur Autobahn aufgeschüttete Erdwall als natürlicher Spielraum willkommen. Im Sommer mit dem Fahrrad, im Winter mit dem Schlitten, wurden die zahlreichen Auf- und Abfahrten genutzt.

Seit ca. 4 Wochen ist die stille Grün-

fläche nun Bauarbeiten gewichen. Eine Produktions- oder nur Lagerhalle soll dort errichtet werden. Soll, denn nichts Genaueres weiß man nicht. Trotz verschiedenster Anrufe und Recherchen kann ich leider nicht mitteilen, wer bzw. was dort gebaut wird. Hoffentlich werden nicht nur Arbeitsplätze verlagert. Vielleicht ist dem einen oder anderen im Kirchsteigfeld wohnenden Mieter das Glück hold, und er kann unweigerlich seiner Wohnung einen Arbeitsplatz erhalten. Ich würde einen solchen Glücksfall sehr begrüßen. Wohlwollend begleiten wir die Neuan siedlung von Gewerbe, werden jedoch auch genau hinsehen, wie sich z.B. die Parkraumsituation gestalten wird.

Jana Schulze

Stadtverordnete im Wahlkreis V

Handlungsbedarf am Baggersee

Am Rande des Wohngebietes Am Stern, in einem kleinen Wäldchen, ganz in der Nähe der Nuthestraße, liegt der Baggersee. Bei sommerlichen Temperaturen nutzen ihn Jung und Alt als Rückzugs- und Erholungsort. Und das trotz zum Teil starker Verschmutzung der Umgebung und des Sees selbst. So berichtete Andreas Gamper von der Stadtverwaltung, dass „Bei der letzten Müllsammlung [...] Klappstühle, Tische und Einkaufswagen aus dem See gezogen [wurden].“ (PNN, 10.05.08) Um das Müllproblem zu lösen, müssen die Nutzer(innen) des Sees für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Raum sensibilisiert werden. Hier kann die Bürgerinitiative

des Wohngebietes aufklärerisch tätig werden. Denkbar wäre auch eine Kampagne der Bürgerinitiative zur Mobilisierung der Bewohner(innen) des Sterns mit dem Ziel, den See und seine Umgebung dauerhaft zu pflegen. Als Bündnispartner(innen) bieten sich Jugendliche aus dem nahen Club 18 an. Unter ihnen finden sich sicherlich viele, die den See regelmäßig nutzen und ein Interesse daran haben, dass er regelmäßig gepflegt wird. So würde bürgerliches Engagement am Stern gestärkt und die Jugendlichen würden sich vielleicht mehr in ihr Wohngebiet integriert fühlen.

Ein sehr viel schwerwiegenderes Problem ist, dass sich Kinder rund um den

See zum Teil unbeobachtet aufhalten. Nur durch Zufall ist Streetworkern, die Kontakt zu Jugendlichen am See aufnehmen wollten, vor kurzem ein älterer Mann aufgefallen, der mit Hilfe seines Hundes anscheinend gezielt versucht hat, Kontakt zu Minderjährigen aufzunehmen. Mit welchen Absichten ist bislang unklar. Vor allem in der Dämmerung und nachts ist der Baggersee kein wirklich sicherer Ort. Weder der See noch seine Zuwege sind beleuchtet. Die Streetworker sehen hier schon seit langem dringenden Handlungsbedarf und werden den Baggersee und seine Umgebung zu einem ihrer Schwerpunkte machen.

j.g.

„Samhold gir Styrke“

Der 1. Mai 2008 in Oslo erlebt / Von Sascha MOKRY, ehemals Mitglied im Kreisvorstand, der in Norwegen lebt und arbeitet

Neun Grad, strömender Regen und trotzdem mehrere zehntausend Menschen auf den Beinen, um den 1. Mai zu feiern. Jede Gewerkschaft hat ihre eigene Kapelle, rote Fahnen und hunderte Transparente mit den verschiedensten politischen oder arbeitsrelevanten Forderungen, welche von den Tausenden am Straßenrand stehenden Menschen kommentiert und beklatscht werden. Und es sind Zehntausende. Die Spitze des Demonstrationzuges, der eine Länge von ungefähr 6 km erreicht, kommt nach 1,5 Stunden an dem Punkt an, wo er gestartet ist, während immer noch Tausende darauf warten, auch durch die festlich geschmückten Straßen ziehen zu dürfen und ihre Sicht auf die Welt kundzutun.

Dieses passiert nicht etwa in Südostasien, Lateinamerika oder einem Dritte-Welt-Land. Nein, es handelt sich um den 1. Mai-Zug Oslos, der Hauptstadt Norwegens, eines der reichsten Länder der Erde.

Das Motto lautet „Eine gemeinsame Welt – eine gemeinsame Verantwortung“ und richtet sich hauptsächlich gegen die Folgen des Klimawandels. Damit sind aber nicht nur die Erwärmung der Erde und damit die Folgen für die Natur gemeint. Es geht vor allem auch um die daraus resultierenden Folgen für die Ärmsten dieser Welt. Und da in erster Linie um den Hunger und das weitere Abdriften in Armut. Aber nicht nur dieses Thema zieht sich durch alle Reden und Losungen. Die Norweger sind von Natur aus ein sehr politisches Volk, das Ungerechtigkeit, im Kleinen wie im Großen,

ablehnt und bekämpft. So verwundert es nicht, dass immer wieder die Führungen in China, Burma, Simbabwe und Israel aufgefordert werden, die Menschenrechte zu achten. Interessant ist auch eine Beobachtung, die man immer wieder machen kann, nicht nur am 1. Mai. Die Menschen hier, Norwegen ist eine Monarchie, nehmen das Wort „Sozialismus“ ganz selbstverständlich in den Mund. Und wer das Sozialsystem hier erlebt, fühlt sich sehr an einen untergegangenen Staat erinnert. Der große Unterschied ist, dass man Geld hat, um alles das zu finanzieren. Man privatisierte nicht die profitablen Staatsbetriebe. Stattdessen legte man Überschüsse gewinnbringend an, so dass Norwegen mit ungefähr 250 Mrd. € auf der Habenseite das reichste Land der Erde ist. Auch sind die Gewerkschaften hier in einer ganz anderen Position als in Deutschland. Auf 4 Mio Einwohner kommen 850.000 Mitglieder in der Hauptgewerkschaft. Und man lebt das Soziale 24 Stunden am Tag. Ellenbogen sucht man hier vergeblich. Ich durfte und darf hier täglich eine Liebe und Wärme unter den Menschen erfahren, die ich in Deutschland so nicht erlebt habe. Kinderbetreuung, Ausbildungsplätze für alle und eine 37,5-Stunden-Woche bei 1,4% Arbeitslosigkeit, welche durchschnittlich 4 Tage dauert, und eine garantierte jährliche Lohnerhöhung sind Selbstverständlichkeiten.

Und noch etwas ist anders als in Deutschland. Ich habe hier zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein Gedicht



von Bertolt Brecht, vertont von Hanns Eisler gehört: Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Und zum Abschluss aller Reden dann im tausendstimmigen Chor „Die Internationale!“. Das geht dann ganz schön unter die Haut. Ja, es kann auch so gehen. Und da erschließt sich einem auch die Richtigkeit einer Parole, die auf fast jedem Wimpel der Einzelgewerkschaften zu lesen ist: „Samhold gir Styrke – Zusammenhalt gibt Stärke“.

Bücherverbrennung 1933 – nur Gedenken ist zu wenig ...

Ein ehrgeiziges Vorhaben hat zur 75-jährigen Wiederkehr der Bücherverbrennungen eine viel beachtete Form gefunden: In einer „Bibliothek der verbrannten Bücher“ werden Werke aufgenommen, die mit Beginn der demonstrativen Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz als „Werke deutschen Ungeistes“ der Vernichtung und dem Verbot ausgesetzt waren. Unter Federführung des Moses-Mendelssohn-Zentrums Potsdam soll nun eine Bibliothek verfügbar sein, die Werke, die mit der Gleichschaltungspolitik des Nationalsozialismus aus dem deutschen Kulturgut getilgt werden sollten, in das gesellschaftliche Bewusstsein zurückholt. Potsdamer Studenten hatten wesentlich an dem Projekt mitgearbeitet und sind mit ihren Recherchen und der Gestaltung einer Internetseite (www.verbrannte-buecher.de) eine wichtige Hilfe für die Arbeit des wissenschaftlichen Beirates. Eine Liste von 320 Büchern war nach wissenschaftlichen Auswahlkriterien erarbeitet worden, die das Spektrum literarischer Formen und thematischer Vielfalt verdeutlichen soll, die verdammt worden sind. 4000-fach soll diese Bibliothek der

verbrannten Bücher in die Ausstattung der weiterführenden Schulen in Deutschland aufgenommen werden. Die Finanzierung – trotz einmütigen Beifalls der



Dr. Dr. h.c. Hans Keilson, Zeitzeuge, Schriftsteller und Arzt, übergab die ersten Bände an Schüler aus Berlin und Potsdam. „Lesen sie die Bücher und vergessen sie nicht, was geschehen ist“, sagte er bei der Übergabe. Foto: rd

Kultusministerien der Länder – ist jedoch auf Spenden angewiesen.

Der Georg Olms Verlag aus Hildesheim hat nun zum Gedenken an die Bücherverbrennungen die ersten zehn Bände herausgebracht, die kostenlos an 4000 Schulen verteilt werden sollen. Der Schubert mit Büchern von Salomo Friedlaender, André Gide, Theodor Heus, Franz Kafka, Gina Kaus, Erich Kästner, Jack London, Anna Seghers, Walter Rathenau, Kurt Tucholsky. Der Schubert mit den zehn Bänden wurde am 10. Mai bei einer Festveranstaltung im Deutschen Historischen Museum vorgestellt und stellvertretend an ein Potsdamer und ein Berliner Gymnasium überreicht.

Der Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums, Prof. Dr. Julius Schoeps, die Kulturministerin Brandenburgs, Prof. Johanna Wanka, der Präsident der Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Marksches, die Literaturwissenschaftlerin der Universität Potsdam, Dr. Margrid Bircken, für den wissenschaftlichen Beirat, sprachen einmütig von der herausragenden Bedeutung des Projektes für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangen-

heit vor allem auch für die Jugend. Indes, wie Verleger Dr. hc. mult. W. Georg Olms mitteilte, sei aus Finanzierungsgründen die von den Wissenschaftlern vorgelegte Liste auf insgesamt 120 Bände reduziert worden. Nach erster Durchsicht der vom Verlag vorgesehenen Titel ergebe sich allerdings kein repräsentatives Bild mehr über die Vielfalt der verfeimten Literatur, war aus dem Beirat zu erfahren: Kein Marx, kein Brecht, wenige sowjetische und „jüdisch-bolschewistische“ Autoren. Kommunisten und Anarchisten sind so stark dezimiert, dass die Auswahl einen deutlich falschen Eindruck vermittelt. Dagegen werde ein Übergewicht an deutsch-liberalen und sozialdemokratischen Autoren dargestellt. Es bestehe die Gefahr, dass die „verbrannten Bücher“ nunmehr zum zweiten Mal aus verlegerischen und politischen Gründen einer Zensur unterworfen werden und wichtige Autoren nicht einmal die Würdigung erfahren sollen, als antifaschistisch verboten worden zu sein.

Für die Ausstattung weiterer Schulen mit der „Bibliothek verbrannter Bücher“ sucht das Moses-Mendelssohn-Zentrum noch weitere Sponsoren. rd

Neuer Haupt- und Trikotsponsor

ZAL und der 1. FFC Turbine Potsdam – ein zukunftsorientiertes und leistungsstarkes Team

Mit dem Zentrum für Aus- und Weiterbildung (ZAL) steht dem 1. FFC Turbine Potsdam zukünftig ein Hauptsponsor und Trikotpater zur Seite, der sich bereits seit vielen Jahren für den Frauenfußball in Potsdam engagiert. Die Verpflichtung des ZAL bis zunächst zum WM-Jahr 2011 ist ein klares Bekenntnis zum Frauenfußball im Allgemeinen, für den 1. FFC Turbine Potsdam im Besonderen.

Das ZAL ist ein von Inhaber Reiner Rabe geführtes mittelständisches Unternehmen, welches sich auf die Qualifizierung und Beratung für die Wirtschaftsregion



Der Vertrag ist unterzeichnet – das neue Trikot wird präsentiert.



Berlin, Brandenburg und Ludwigsfelde für Firmen, Arbeitsuchende und Jugendliche spezialisiert hat. Oberster Bildungsgrundsatz des ZAL sind das Angebot und

die Durchführung von arbeitsmarktgerechten und wirtschaftsnahen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in hoher Qualität und Flexibilität. Das Angebot des ZAL richtet sich an Firmen und Personen, die in der Aus- und Weiterbildung Möglichkeiten sehen, durch qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen ein höheres Leistungsniveau zu erreichen.

Das ZAL zählt heute als private Bildungseinrichtung zu den größten seiner Art in der Wirtschaftsregion Berlin/Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. 102 erfahrene, kompetente Trainer und Mitarbeiter, 346 Auszubildende und 128 Honorarprofessoren qualifizieren täglich ca. 1600 Teilnehmer in modernen Werkstätten und Laboren.

Das ZAL steht im Kontakt mit 523 Unternehmen in der gesamten Bundesrepublik und ist dem unternehmerischen Ziel der Erhaltung der regionalen Marktführerschaft verpflichtet. Zwei Tochterfirmen, die ZAA ZeitArbeitsAgentur GmbH mit derzeit 506 Mitarbeitern und die LHG Ludwigsfelder Handwerks- und Gewerbehof GmbH mit zurzeit zwölf Mitarbeitern wurden 2002 und 2003 gegründet.

Im Jahr 2007 lag der Umsatz der ZAL-Unternehmensgruppe bei rund 25 Millionen €. „Vom Gewinn werden wir Turbine bis 2011 unterstützen“, erklärte Rabe. Turbine-Präsident Günter Baaske sprach von einer „nicht unerheblichen sechsstelligen Summe“. Bleibt nur, den Turbinen sportliche Erfolge zu wünschen.

60 Stunden Bewegung im ersten Halbjahr 2008!

Städtepartnerschaft Potsdam – Luzern: Süßes und Bewegung

Jeder interessierte Potsdamer kann sich daran beteiligen und in den Freundeskreis aufgenommen werden. Mehr erfährt man in der Internetpräsenz unter <http://www.potsdam-luzern.de> oder per Post unter der Anschrift:
Verein Freundeskreis Städtepartnerschaft Potsdam – Luzern
Birgit Müller, Friedrich-Ebert-Straße 79-81,
14461 Potsdam.

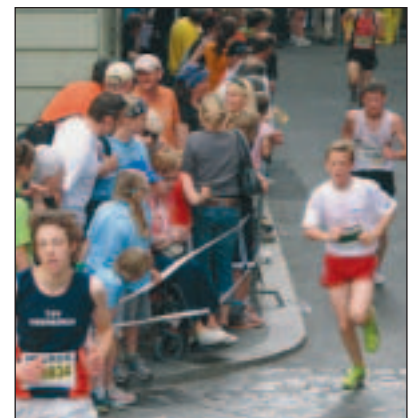
Seit Jahren bemühen sich einige Bürger Luzerns und Potsdams darum, sich gegenseitig besser kennen zu lernen. 2002 gründeten sie einen Freundeskreis, der Austauschbesuche, Sportwettbewerbe und kulturelle Treffen organisierte. Vorsitzende des Freundeskreises ist die Stadtpräsidentin Birgit Müller (Foto unten). Die Mitglieder kommen aus Kultur, Wissenschaft, Verwaltung, Sport oder auch Wirtschaft – ein Querschnitt der Potsdamer Bevölkerung also.

Unter dem Motto „Wir bewegen uns gemeinsam – jahrelang – und retten Leben!“ haben die Partnerstädte Potsdam und Luzern ihre Einwohner zu einem Bewegungswettbewerb aufgerufen: Jeder, der sich in den ersten 6 Monaten des Jah-

res 2008 insgesamt 60 Stunden bewegt – ob beim Spaziergehen, Radeln, Schwimmen oder Volleyball –, kann dazu beitragen, dass seine Stadt im Kräfte-messen gut abschneidet.

Anlässlich des 10. Balles des Stadtsporthubs Potsdam gaben Prof. Dr. Sabine Kunst, Präsidentin der Universität Potsdam, und Prof. Dr. Hans Rudolf Schärer, Rektor der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Luzern, am 12. Januar den offiziellen Startschuss für das neueste Bewegungsprojekt. Vor 300 Gästen spielten sie sich symbolisch gegenseitig einen Volleyball zu. Da der Saal in der Höhe bescheiden war, landete der Ball prompt auf einem Tisch, und nur knapp konnten Scherben vermieden werden...

Im „echten“ Bewegungsprojekt geht es aber auch um ein ernst zu nehmendes Ziel: Die Barmer Krankenkasse spendet für jeden erfolgreichen Teilnehmer mit 60 Bewegungsstunden 25 Cent an den Verein „Aktion Knochenmarkspende Brandenburg/Berlin e.V.“. In der Schweiz wird die „Stiftung für die Förderung der Knochenmarktransplantation“ durch einen anonymen Spender unterstützt. Es sollen noch mehr Menschen ihre Stammzellen für am Knochenmark erkrankte Menschen spenden. Dies ist das Haupt-



anliegen der beiden Organisationen. Alle Teilnehmenden bewegen sich also auch, um Leben zu retten!

Interessierte Teilnehmer können sich auch jetzt noch nachträglich im Internet eintragen oder ihre Angaben notieren und telefonisch oder per Post an die Potsdamer Uni durchgeben an:

Nadine Bülow, Tel. 977-11 83,
buelow@rz.uni-potsdam.de.

Die Idee zum Wettbewerb hatten ein paar Sportenthusiasten der Luzerner Uni bei einem Sportwettbewerb im Rahmen der Städtepartnerschaft. -ed-



Toleranz soll gelebt werden

Matthias Krauß zeigt in seinem Artikel „Die schwere Hand der Toleranz“ vorzüglich auf, was das Problem des neuen Potsdamer Toleranzediktes ist. Nämlich, dass die Geschichte des ursprünglichen Ediktes nicht kritisch hinterfragt worden ist. Dieser Fehler hätte dem Wissenschaftler Heinz Kleger eigentlich unterlaufen dürfen. Dabei ist es doch historisch belegt, dass der preußische Staat bei der Umsetzung des Ediktes nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war. So wie die preußische Toleranz nur auf dem Papier existiert, so ist Toleranz heute in Potsdam oft nur ein Lippenbekenntnis. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit der alternativen Jugendkultur in der Stadt. Auf der einen Seite, sind alle um sie besorgt. Jede(r), vor allem der Oberbürgermeister, möchte sie unbedingt erhalten und fördern. Denn Potsdam lebt ja von seiner Vielschichtigkeit. Auf der anderen Seite werden Jugendeinrichtungen in finanziellen Schwierigkeiten nicht ausreichend bezuschusst, müssen die Nutzungsverträge für die diversen Wohnprojekte alljährlich mühsam erstritten werden und wird die Jugendkultur mit der Schließung des Spartacus immer mehr aus der Innenstadt verdrängt. Ich nenne das Engstirnigkeit und Konservatismus.

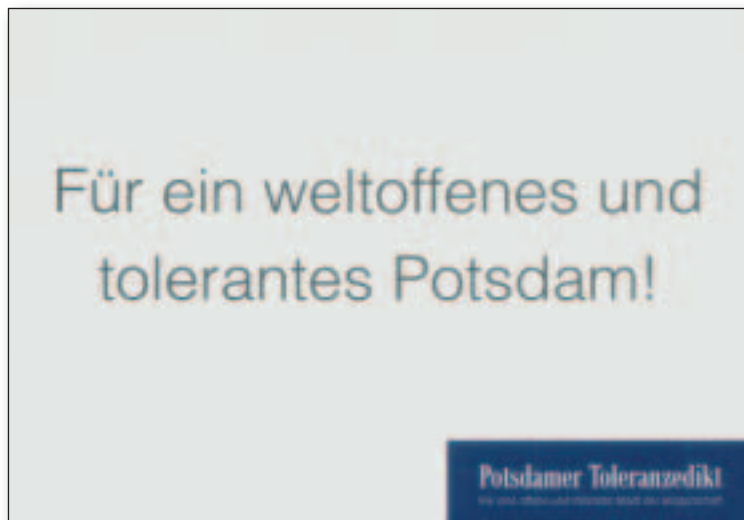
Toleranz sollte gelebt werden und nicht auf einem Stück Papier festgehalten werden, das sowieso niemand lesen wird. Toleranz muss für BürgerInnen erlebbar werden. Der Oberbürgermeister sollte hier mit gutem Vorbild vorangehen und seine kulturellen Scheuklappen ablegen.

Jens Gruschka

Lesenswert

Häufig werden den Lesern Zeitungstexte präsentiert, deren Inhalte verschwimmen, bevor die Lektüre abgeschlossen ist. Texte, die nichts sagen; Texte, die niemanden stören; Texte, die bedeutungslos sind. „Die schwere Hand der Toleranz“ ist mitnichten zu dieser Kategorie von Schriften zu zählen.

Krauß nimmt vor allem Stellung zum positiven Preußenbild, das im Zuge der Toleranzdebatte immer wieder gezeichnet wird. Wer Preußen als ein uneingeschränkt positives Beispiel für Toleranz anführt, muss wissen, dass die preußische Toleranz zu allererst eine instrumentelle war und nicht für jeden gleichermaßen galt. Krauß besticht in seinen ohne Zweifel bissigen Ausführungen mit exzellentem historischem Wissen, das einem größeren Potsdamer Publikum zur Kenntnis gebracht werden sollte. Die populistische Aufbereitung seines Textes mag manchen empören, ich



„Die schwere Hand der Toleranz“

In unserer April-Ausgabe 2008 hatten wir unter dem obigen Titel einen Beitrag von Matthias Krauß unter unserer Rubrik „forum“ veröffentlicht. Hintergrund war der Diskussionsaufruf zu einem von der Landeshauptstadt geplanten neuen, demokratischen „Edikt“ von Potsdam. Dazu hatten die Haushalte ein Thesenpapier des Potsdamer Professors Kleger im schmucken preußisch-blauen Outfit sowie Postkarten (siehe Abbildung) erhalten. Wir haben mit unserer Veröffentlichung unsere „Potsdams andere Seiten“ frei gemacht, um über Sinn und Zweck des neuen Toleranz-Edikts zu diskutieren. Hier veröffentlichen wir einige Meinungen unserer LeserInnen.

Schreiben auch SIE uns IHRE Meinung!

finde sie herrlich respektlos und lesenswert.

Auch der Hinweis darauf, dass das neuerliche Toleranz-Edikt als Aufforderung verstanden werden kann, sich mit ungerechten Verhältnissen abzufinden, ist durchaus diskussionswürdig.

Axel Schmidt

Was hält diese Stadt im Inneren zusammen?

Der Artikel von Matthias Krauß in der April-Ausgabe der „Potsdams andere Seiten“ ist einerseits sehr informativ, bietet alternative Ansätze und regt zum Nachdenken an. Andererseits habe ich den Eindruck, dass der Autor nicht die kleine blaue Broschüre gelesen hat, über die er schreibt. Das „Angebot zur Diskussion“ soll nicht die Historie der Stadt Potsdam und ihr Verhältnis zur Toleranz erklären oder analysieren. Auch nicht die ambivalente Geschichte des preußischen Staates oder die Auslegung des Begriffes Toleranz zu Zeiten unserer Friedrichs, Wilhelms oder natürlich auch der Friedrich Wilhelms. Diese Thesen sind ein Anstoß für alle Bürger dieser Stadt. Denkt nach und redet miteinander! Wie wollen wir – die alteingesessenen und die neuen Potsdamer, die Kinder, Jugendlichen und die Senioren, die besser situierten und die einkommensschwachen, die Bür-

ger im Zentrum und die in den neuen Ortsteilen, die Menschen mit Migrationshintergrund und die mit Behinderung, die Studierenden, die Arbeiter, die Angestellten und die Erwerbssuchenden, Menschen mit verschiedenen Glaubensrichtungen sowie Männer und Frauen – in dieser Stadt leben? Dafür sind die Thesen da und dafür sollten sie die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger nutzen. Zum Nachdenken, zum Ins-Gesprächkommen ... denn nur in einer lebendigen Bürgergesellschaft entwickelt sich ein gemeinsames Verständnis für Toleranz, und daraus kann sich konkrete Veränderung entwickeln.

Natürlich kommt bei dem Untertitel „Potsdam 2008 – in Erinnerung an das Edikt von Potsdam“ Verwunderung auf. Vielleicht wurde bei diesem Vergleich zu hoch und daneben gegriffen und belastet die momentane Diskussion. Da stimme ich Herrn Krauß zu. Aber ich denke, dies ist eher den historischen Lücken einiger Potsdamer Spitzen geschuldet. Der Autor der Thesen ist sich dieser Problematik bewusst. Preußische Könige trieben „bewusst eine aktive Einwanderungspolitik“ und das mit kühnem „Pragmatismus“. Gleichzeitig warnt er vor „der Reduzierung Potsdamer Toleranz auf das Edikt von Potsdam unter Ausblendung der Potsdamer Geschichte massiver Intoleranz [...]“

Desweiteren sind die kritischen Ergüsse von Herrn Krauß zum Begriff „Edikt“ nicht nachvollziehbar. Bereits im Vorwort schreibt der Oberbürger-

meister, dass „es die Potsdamerinnen und Potsdamer sind, die das neue Edikt schaffen und vor allem auf Dauer gemeinsam leben“. Natürlich ist das „neue“ kritisch zu sehen, aber Prof. Kleger drückt sich vornehmer und meines Erachtens korrekter aus. „Ein Toleranz-Edikt von heute kann kein Erlass von oben sein, es muss ein Anliegen der BürgerInnen werden.“ In diesem Sinne wünsche ich eine konstruktive Diskussion über das, was Potsdam im Inneren zusammenhalten soll und um das, was diese Stadt für alle ihre Bürger lebenswert macht.

Wolf Larsen

„Rechtspopulismus“?

Ich habe gerade den Text von Ihnen zum Toleranzedikt gelesen. Ich finde es bedenklich, wenn in ihrer Publikation solch ein Aufsatz veröffentlicht wird, dessen sprachliches und inhaltliches Niveau an Texte und Parlamentsreden der NPD erinnert. Rechtspopulismus ist in der Linkspartei zwar seit Lafontaine 2005 eine verbreitete (und von einigen Landesverbänden auch stillvergnügt tolerierte) Strömung geworden, trotzdem hätte ich nicht erwartet, dass dies so deutlich gezeigt wird. Es steht Ihnen frei, sich z.B. im Mai an der Universität Potsdam an Diskussionsrunden zu beteiligen, in der Sie Ihre Meinung vertreten können. Im Gegensatz zu Ihnen sind wir nämlich tolerant gegenüber Leuten, die nicht unsere Meinung vertreten – das sollten Sie, der Sie beanspruchen, sich auf Vordenker wie Liebknecht oder Luxemburg berufen zu können – eigentlich auch sein.

Steffen Selicko

„So wie die Toleranz eine Konsequenz der Freiheit ist, ist die Solidarität eine Konsequenz der Toleranz.“

Toleranz und Freiheit bedingen einander ebenso wie Solidarität und Toleranz. Diese These dürfte unter Demokraten weitgehend unstrittig sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist sie deshalb nicht dazu geeignet, eine lebendige Diskussion unter den Potsdamerinnen und Potsdamern zu entfachen. Wie den anderen Thesen von Professor Kleger haftet ihr der Makel an, einzig auf Zustimmung abzu zielen. Kleger's Ansprüche sind lobenswert, seinen Thesen fehlen jedoch Mut und die nötige Originalität. Zu wünschen sind gegenwartsrelevante Diskussionsanreize, die die Frage behandeln, ob und wie ein Mehr an Toleranz unter der Bedingung fortschreitender gesellschaftlicher Entsolidarisierung realisierbar ist. -te

Hochverrat im Stadtschloss?

Von Hermann Otto-Lauterbach

Das Bild der Hohen Frau Augusta stand plötzlich wieder vor ihm, heraufgestiegen aus der Tiefe seiner Erinnerung.

Aus Schönhausen war er gekommen, wo seine Bauern unter eifriger Beteiligung ihrer Weiber die Schwarz-Rot-Goldenen mit Dreschflegeln, Sensen und Jagdflinten verjagt und auf der Kirche die weiße Fahne mit dem schwarzen Kreuz, den alten Farben Brandenburgs, hochgezogen hatten. Und dies, während der König in seiner unbegreiflich wahnhaften Schwäche sich dazu herabließ, vor den Chaoten, die ihre selbstverschuldeten Leichen vorüber trugen, die Mütze zu ziehen!

Nun also war er endlich in Potsdam, um dem „Prinzen von Preußen“ und künftigen König, und damit dem „ersten Soldaten seines Landes“, eine Bauern-Armee aus der Altmark zur Verfügung zu stellen, eine Bauern-Armee wider das Chaos und die freche deutsche Trikolore.

Noch wusste er nicht, dass der rechtmäßige Adressat seines Angebots sich weder bei der Armee, noch im Stadtschloss befand, sondern sich auf

der Pfaueninsel in Schwanenwerder versteckt hielt. An seiner statt, hieß es, werde ihn des Prinzen Hohe Frau empfangen. Doch auch sie empfing ihn nicht. Zu ihm ins Dienerzimmer kam sie heruntergehastet, setzte sich vor ihn in einen fichtenen Stuhl und eröffnete ihm nicht mehr und nicht weniger, als dass sich einer der Anführer der Schwarz-Rot-Goldenen, der Herr von Vincke, höchstpersönlich, in ihrem Salon befände. Und dass sie sich mit ihm über eine „Lösung“ verständigt habe. Was für eine „Lösung“?!

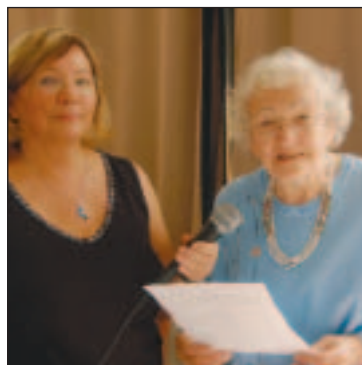
Einig sei man sich jedenfalls darüber, dass der Preußische Landtag die Abdankung des Königs und den Thronverzicht seines Bruders, ihres Hohen Gemahls, fordern werde, und sie, die Hohe Frau Augusta, werde zur REGENTIN bestimmt, um die Rechte ihres minderjährigen Sohnes zu schützen und wahrzunehmen. Die Rechte ihres Sohnes zu schützen aber sei ihre höchste mütterliche Pflicht, erklärte die vom Ehrgeiz geschüttelte Frau in erregtestem Zustand, erklärte es ihm, dem Herrn von Bismarck-Schönhausen ins Gesicht, ohne vor Scham in den

Boden zu versinken! Es war ihm wahrhaftig schwergefallen, vor Ihrer Königlichen Hoheit die nötige Zurückhaltung zu wahren. Dem Herrn von Vincke gegenüber brauchte er sich, glücklicherweise, keine Zügel anzulegen. Als der ihn, kurze Zeit danach, im „Hotel des Princes“ in der Leipziger Straße zu Berlin aufsuchte, konnte er ihm klipp und klar erklären, dass ein solcher Antrag, eingebracht im Landtag, stehenden Fußes von ihm mit dem Antrag auf Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens wegen „Hochverrats“ beantwortet werde. Auch die Hohe Frau Augusta werde unter solchen Umständen nicht ungeschoren davonkommen. Das möge der Herr von Vincke gefälligst bedenken.

Der gab dann ja auch ziemlich schnell mit der Erklärung auf, ohne Mitwirkung der äußersten Rechten werde der König ohnehin nicht zum Rücktritt zu bestimmen sein. So war auch diese Gefahr vorerst abgewehrt.

(Nach den „Erinnerungen“ des Herrn von Bismarck-Schönhausen)

Geselligkeit und Geborgenheit im Seniorentreff Zentrum-Ost



Richtig festlich ging es zu am 5. Mai 2008 in der Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid-Stiftung in Zentrum-Ost. Das neue, schmucke Domizil in der Edisonallee 11 kann sich auch wirklich sehen lassen. Und es wurde vom ersten Tag an von seinen zahlreichen Nutzern gern angenommen. Zum Festakt sprach neben der Vorstandsvorsitzenden Ingrid Püschel die „dienstälteste“ Nutzerin des Treffs, Frau Stern, die Laudatio (linkes Foto mit I. Püschel). Geselligkeit und Geborgenheit zeichne „unseren Seni-

orentreff“ aus, so das „Clubmitglied der ersten Stunde“. Erinnerungen wurden ausgetauscht an 12 erfolgreiche Jahre freier Trägerschaft durch die Dahlweid-Stiftung. So ließ es sich Stammgast (oder bereits „Stamminventar“?)! Dr. Herbert Schlomm (Foto r.) nicht nehmen auf seine unnachahmliche Weise zum Gelingen des Auftakts beizutragen. Nicht zu vergessen die Kinder der KITA „Spielhaus“ sowie Manfred Bischoff und Manfred Blaschke, die u. a. das Eröffnungsfest musikalisch umrahmten.



• tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine

Montag, 02.06.08, 17.00 – 18.00 Uhr:

Bürgersprechstunde der Landtagsabgeordneten Anita Tack und des Stadtverordneten Dr. Klaus-Uwe Gunold (beide DIE LINKE) im Haus der LINKEN in der Alleestraße 3, 14469 Potsdam. Anmeldungen: 0331 / 2000934.

Dienstag, 03.06.08, 14.30 Uhr:

„Mit der Kamera unterwegs bei den Berggorillas in Uganda“. Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Herrn Dr. Rolf Rönz. Dahlweid*

Dienstag, 03.06.08, 18 Uhr

Potsdamer Buchpremiere „Guten Tag, Passkontrolle der DDR“, Buchvorstellung mit dem Autor Hans-Dieter Behrendt (Potsdam); Anschließend Buchverkauf. RLS**

Dienstag, 03.06.08, 16.00 Uhr:

Bürgerhaus „Stern*Zeichen“, Treffen der AG Stadtteilfest Am Stern.

Freitag, 06.06.08, 10.00 – 20.00 Uhr:

Eröffnung der Brandenburgischen Seniorenwoche im Stern-Center, Stand der AG-Senioren DIE LINKE

Dienstag, 10.06.08., 14.30 Uhr:

„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Teil 5: Die Menschen im Punjab“ (die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt). Ein Film von Ingrid Püschel. Dahlweid*

Dienstag, 10.06.08, 18 Uhr:

„Die Welt, in der wir leben“. Das Verhältnis Russland – EU nach den Präsidentschaftswahlen vom März 2008. Podiumsdiskussion mit Wolfgang Grabowski (Berlin). Moderation: Dr. Arnold Schölzel (junge Welt, Chefredakteur, Berlin). RLS**

Freitag, 13.06.08:

Filmabend im Haus Der LINKEN; Alleestr.3. Zum Todestag von Dean Reed wird der Film „Der rote Elvis“ gezeigt.

Montag, 16.06.08, 14.30 Uhr:

„In den schönsten Nationalparks der Erde, Teil II“. Ein Video-Spaziergang mit Karl Kreutz von Alaska in den tropischen Regenwald Costa Ricas und dann zum Grand Canyon Nationalpark in Arizona. Dahlweid*

Dienstag, 17.06.08, 14.00 Uhr:

Tanz in den Sommer aus der Reihe „TTT – Tausend Takte Tanzmusik“ mit Gretel Strauch und Manfred Bischoff. Dahlweid*

Dienstag, 17.06.08, 18 Uhr:

Gebrauchsanleitung für deutsche Medien. 14. Veranstaltung: „Zwischen Fernseh-Aktualität und Wochenzeitungs-Reflexivität: Lutz Herden auf seinen Wegen vom TV-Auslandsreporter zum „Freitag-Redaktionsleiter“. Vortrag und Diskussion mit Lutz Herden (Redaktionsleitung der Ost-West-Wochenzeitung „Freitag“) RLS**

Freitag, 20.06.08, 17.00 Uhr:

Öffentliche Mitgliederversammlung DIE LINKE im Wahlkreis V, Thema Kommunalwahlen – Rück- und Ausblick am Stern, in Drewitz und am Kirchsteigfeld.

Samstag, 21.06.08, 11 Uhr

Potsdam, Universität, Komplex III (Bezirk 1) – Griebnitzsee, August Bebel-Str. 89 Wissen.schafft. Land Brandenburg. Gemeinsame hochschulpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und der RLS.

Sonnabend, 21.06.08:

Haus der LINKEN, Alleestr.3. Horst Schäfer stellt sein Buch „Im Fadenkreuz Kuba“ vor.

Dienstag, 24.06.08, 14.30 Uhr:

„Kommunalwahl 2008 – Bilanzen und Perspektiven“. Historisches und Aktuelles über Potsdam erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter der LINKEN aus Zentrum-Ost. Dahlweid*

Mittwoch, 25.06.08, 13.30 Uhr:

„18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Dahlweid*

Donnerstag, 26.06.08, 16 – 20 Uhr:

Zwischen NÖS, Prager Frühling und Neuer Zeit (Das Jahr 1968). Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Karl Heinz Gräfe (Freital), Dr. Andreas Malycha und Prof. Dr. Jörg Roesler. RLS**

*Dahlweid-Stiftung, Seniorentreff, Edisonallee 11, Zentrum-Ost.

** RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustraße 53, 14467 Potsdam